

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

173 (28.7.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 30 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 30 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruhern Abgaben abgeholt 27 M monatlich. Einzelnummern 1.50 M. Ausgabe: Freitag mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Lufsenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelleise 3.40 M, auswärts 4.—M. Die Restamezeile 15.—M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Gegen den Hochverrat der bayerischen Regierung

Reichspräsident und Reichsregierung

Der für Donnerstag vormittag 11 Uhr anberaumte gemeinsame Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, der über die gegen Bayern zu ergreifenden Schritte Beschluß fassen sollte, ist kurz vor seinem Beginn auf nachmittags 3 Uhr verschoben worden. Der Grund dafür liegt in Besprechungen, die der Reichspräsident mit dem Reichspräsidenten, dem Reichspräsidenten und andern politischen Persönlichkeiten im Laufe des Vormittags über den Konflikt mit Bayern führte.

Der Reichspräsident scheint sich zu bemühen, einen Weg zu finden, der der Reichsregierung die Durchsetzung ihres Rechtsstandpunktes und gleichzeitig der bayerischen Regierung noch einen Rückzug ermöglicht. Wie man hört, beabsichtigt der Reichspräsident zunächst in einem Schreiben den bayerischen Ministerpräsidenten persönlich zu bitten, von sich aus unmittelbar die verfassungswidrige und rechtsungültige bayerische Verordnung zurückzuziehen und so den allein verfassungsmäßigen Rechtsstandpunkt in Bayern wieder herzustellen. Das amtliche Verlangen nach Aufhebung der bayerischen Verordnung auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 soll offenbar erst erhoben werden, wenn dieser erste Versuch erfolglos bleibt. Für den Fall, daß auch nach dem offiziellen Verlangen nach Zurückziehung der bayerischen Verordnung sich Schwierigkeiten ergeben, indem etwa die bayerische Regierung der Aufforderung nicht nachkäme, scheint man an die Einberufung des Reichstages zu denken. Jedenfalls hat Reichspräsident Lohde den unabhängigen Abgeordneten Dittmann, der gestern einen Antrag auf Einberufung des Reichstages wegen des Konflikts mit Bayern gestellt hat, gebeten, den Antrag solange zurückzustellen, bis sich übersehen läßt, welchen Erfolg die Aktion des Reichspräsidenten zeitigt.

Der Ministerrat wird zu den hier skizzierten Absichten Stellung zu nehmen haben. Er wird vor allem prüfen müssen, ob die Klarheit der rechtlichen und politischen Situation noch längeren Zeitverlauf gegenüber dem bayerischen Widerstand erlaubt und ob irgend welche Ausnahmen für einen Erfolg des zunächst beabsichtigten Vorgehens bestehen. Willeidigt ergeben die Besprechungen, die der Reichspräsident und der Reichspräsident noch vor dem Ministerrat mit maßgebenden politischen Persönlichkeiten führen, Anhaltspunkte zur Beurteilung dieser Fragen.

Die Frage der Einberufung des Reichstages

Berlin, 27. Juli. Die Frage der Einberufung des Reichstages kann, wie wir von maßgebender Stelle im Reichstag hören, erst zur Erörterung gestellt werden, wenn die Vermittlungskommission, die der Reichspräsident im Meinungsstreit zwischen der Reichsregierung und der Landesregierung von Bayern zu unternehmen gedenkt, durchgefallen sein wird. Dann wird der Reichspräsident des Reichstages, dessen Zusammentritt etwa um die Mitte nächster Woche erwartet werden kann, über die Einberufung beraten.

Konferenz süddeutscher Staatspräsidenten

Karlsruhe, 27. Juli. Heute Freitag, den 28. Juli, findet eine Besprechung der Staatspräsidenten von Württemberg, Baden und Hessen über die durch die Verordnungen der bayerischen Regierung vom 24. Juli 1922 geschaffene Lage statt.

Bejorgnisse und Empörung in der Pfalz

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus der Pfalz geschrieben: Ueber die Stellungnahme zu dem Schußverbot für die Republik durch das bayerische Gesamtministerium und die Mehrheit des Landtages herrscht nicht nur in den Kreisen der pfälzischen Demokratie und der Sozialdemokratie aller Schattierungen, sondern auch in anders gerichteten Kreisen trotz gegenteiliger Versicherung einzelner Parteigruppen helle Entrüstung. Die bayerische Katastrophentheorie, welche man längst kommen und auf die man insbesondere das Kaiserliche System hinweisen

sah, begegnet schon mit Rücksicht auf die empfindliche Gefährdung gerade unserer Westmark in politischer Beziehung scharfer Beurteilung. Denn wenn auch die bayerische Sonderverordnung nicht auf die Pfalz ausgedehnt worden ist, so sieht man doch mit Bangen gerade in unserer Provinz der Entwicklung der Dinge entgegen. Man verheißt sich dabei nicht, daß aus einem harmlos behaltenden Vorgehen an seiner Gegnerschaft gegen das Reich ein zur Explosion führender Zustand sich herausbilde und sich die französische Expansionslust dann wieder einmal politisch verjüngen könnte. Offenbar gelingt noch in dieser Stunde eine einigermassen befriedigende Lösung der unentwirrbar scheinenden Differenzen.

Ludwigsbafen, 27. Juli. Eine Anzahl pfälzischer Bürgermeister, die sich gestern mit der besonderen Lage der Pfalz beschäftigten, hat als Ergebnis ihrer Beratungen eine Abordnung nach München entsandt, welche dort die Besorgnisse der Pfälzer vortragen soll. Wie die „Pfälzische Rundschau“ mitteilt, hofft man, daß in München der Lage der Zeit in weitestem Maße Rechnung getragen werde, um eine pfälzische Sonderpolitik unter allen Umständen zu vermeiden.

Ein Aufruf des bayerischen Gewerkschaftsbundes

Der Landesausführer Bayern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Afa-Bund erlassen folgenden Aufruf: Arbeiter, Beamte, Republikaner! Das Unannehmliche ist zur Tatsache geworden. Bayern sabotiert die Reichsregierung, gefährdet dadurch die deutsche Republik und die Reichseinheit. Nicht zuletzt ist dieses Vorgehen, wenn auch indirekt, eine Förderung der französischen Vorkriegsstellungen.

Juristische wirtschaftliche Auswirkungen müssen sich ergeben. Die Mark wird in ihrer Kaufkraft weiter sinken. Die Lebenslage der Arbeiterschaft muß sich dadurch noch weiter verschlechtern. Weite Kreise Art und weiteres Geld sind die natürlichen Folgen. Jeder reichstreue Republikaner muß in dieser Stunde um das Los der schaffenden Stände mit uns in Sorge sein. Republikaner, reißt Euch die Hände!

Eine Mahnung der bayerischen Demokraten

Die „Süddeutsche Demokratische Korrespondenz“, das offizielle Organ der bayerischen Demokratie, schreibt: In Bayern nehmen die politischen Dinge eine Entwicklung, die zu den allerhöchsten Bedenken Anlaß gibt. Die bayerische Regierung hat nicht die Kraft ausgeschöpft, dem Vorkriegs-Partikularismus und der bayerischen Volkspartei, in der die extrem-partikularistische Richtung in der letzten Zeit wieder die Oberhand gewonnen hat, zu widerstehen; sie hat eine Verordnung herausgegeben, die an Stelle des ordnungsgemäß zustandekommenden Reichsgesetzes zum Schutze der Republik treten soll. Es ist einfach unklar, daß irgend ein Land, wenn ihm ein Reichsgesetz aus diesem oder jenem Grunde nicht paßt, dieses für sich ausschaltet und an seiner Stelle ein eigenes Landesgesetz oder eine Verordnung erläßt. Dies müßte auf die Dauer zu völlig hilflosen Zuständen, zu einer immer wachsenden Schwächung des Reiches und schließlich zu seinem Zerfall in einzelne Teile führen. Wir nehmen an, daß diese Wirkung weder von der Regierung noch von den sie stützenden Parteien beabsichtigt ist, sondern daß der von ihnen eingeschlagene Weg unter dem Druck der aufgeregten öffentlichen Meinung Bayerns, an deren Erregung aber die Parteien der Rechten und besonders ihre Presse selbst wieder die Hauptrolle tragen, eingeschlagen worden ist. Man ist eben wieder einmal zu weit vorgedrungen und hat nun nicht den Mut, den erregten Wählermassen dies zuzugeben.

Neue Chikanen gegen Deutschland

Paris, 27. Juli. Das „Journal des Debats“ glaubt zu wissen (der „Temps“ versichert dasselbe in bestimmter Form), daß die Vertreter der alliierten Auslandsämter in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen haben, ihren Regierungen die Ablehnung des am 16. Juli gehaltenen deutschen Erklärungs und Verabredung der monatlichen Zahlungen an die Auslandsämter von 2 Millionen auf 500 000 Pfund Sterling zu empfehlen. Eine entsprechende Antwortnote der französischen Regierung sei bereits abgegangen. Der „Temps“ behauptet, der Beschluß sei gefaßt worden aufgrund des Mangels an gutem Willen, den Deutschland bei Durchführung des Ausgleichsverfahrens und der Anerkennung der alliierten Forderungen an den Tag gelegt habe.

Ein scharfes Urteil über den Versailler Wahnsinnsfrieden

Der amerikanische Finanzmann Franz Sanderlip äußert in einem Mitarbeiter der „Wünderer Neuesten Nachrichten“ gegenüber aus, nicht der Krieg sei die Ursache der großen Verteilung, sondern der Versailler Frieden, der sich für die Sieger ebenso verberlich wie für die Besiegten erwiesen habe. Deutschland müsse in kurzer Zeit zusammenbrechen, wenn nicht radikale Veränderungen seiner Reparationslast vorgenommen werden. Die unüberwindliche Schwierigkeit liege in der Unfähigkeit Frankreichs, über eine vernünftige Herabsetzung dieser Lasten zu diskutieren. Sanderlip erwarte von Deutschland als Folge der Unfähigkeit, die Reparationslast zu mindern, zunehmende Inflation und Straßenrevolten. Sanderlip ist heute vormittag vom bayerischen Ministerpräsidenten empfangen worden.

Frankreich und der bayerische Separatismus

Von Dr. Hermann Schilling

Der Hochverratsprozess Leopoldine, der ein vom französischen Gesandten in München, Baron de Dard, gesponnenes Intrigenstück zur Absperrung Süddeutschlands vom Reich aufdeckt, hat die durch jahrhundertelange Tradition geheiligte bayerisch-französische Konspiration wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt.

Schon im siebzehnten Jahrhundert haben die Bourbonnen und Wittelsbacher eine stillschweigende Allianz geschlossen. Als Ludwig XIV. gegen Holland im Felde lag, schickte ihm der bayerische Kurfürst Ferdinand Maria einen Teil seiner Landeskinder. Es war ein ehelicher Handel. Der Wittelsbacher Kurfürst verborgene französisches Geld, und der Franzosenkönig vergoß dafür das Blut bayerischer Soldaten. Sein Sohn Max Emanuel suchte sich in Paris und Brüssel viel wohler als bei seinem vierjährigen großen Vorse. Die Hofhaltung in Brüssel verschlang ungeheure Summen, welche die gebulbigen bayerischen Untertanen durch auf das Doppelte erhöhte Steuern aufbringen mußten. Sie drückte der bayerischen Hofgesellschaft, überhaupt dem „offiziellen Bayern“ der damaligen Zeit, den Stempel der Nachahmung französischer Kultur inmitten eines in tiefer Unwissenheit und Wälgalerie zurückgebliebenen Volkes auf.

Dieser Franzosenkultus in der wittelsbachischen Hofhaltung wurde noch verstärkt durch die Vererbung des altbayerischen Kurfürstentums an den pfälzischen Wittelsbacher Karl Theodor. Er brachte aus Mannheim, einer Stadt, die damals völlig unter französischem Einfluß stand, die ganze Niederlichkeit der Pfälzer Verwaltung, die Käuflichkeit und Erblichkeit seiner Bürokratie, mit nach München, der Stadt, die durch vorausgegangene Jesuiten- und Günstlingswirtschaft ohnehin verdorben genug war.

Bezeichnend für die traditionelle französisch-bayerische Liaison ist die Tatsache, daß Max Joseph, der erste bayerische König, bis zum Ausbruch der großen französischen Revolution Offizier im Dienste Ludwigs XVI. war und als Oberst das in Straßburg liegende Regiment d'Alsace kommandierte. Die Rolle der Wittelsbacher in dem Befreiungskampf des deutschen Volkes, dem man zwar schöne Denkmäler setzte, den man aber im Inneren des dynastischen Egoismus sabotierte, war die denkbar schamlichste, lediglich von dem Gesichtspunkt geleitet: Was kann uns unsere Freundschaft zu Frankreich nützen?

Der französische Frankenrolle in Bayern, ohne daß sich die frommen Patrioten verheeren, Abscheu zu heucheln. Und die bayerische Regierung ließ es an nichts fehlen, des französischen Wohlwollens würdig zu sein. Bayerische Landeskinder marschierten unter der französischen Trikolore gegen Oesterreich, gegen Preußen, gegen Tirol, schließlich auch, 30 000 Mann stark, gegen Rußland. Vom 31. Dezember 1805 bis Mitte Januar 1806 hielt sich Napoleon in München auf. Aufsehende Festlichkeiten wurden zu Ehren des erlauchten Gastes veranstaltet. Am Odeonsplatz wurde eine Lorbeergerandete Spitze aufgerichtet, die unter zwei gekrönten Herzen folgende Aufschrift trug:

Napoleons und Max Josephs Herzen
Schließen sich fest ineinander,
Verchaffen Ruh und Frieden
Vor Franz und Alexander.

Was war die französische Freundschaft den Wittelsbachern recht nützlich; für das arme Volk aber war sie ein Unglück. Es kommt uns heute ganz merkwürdig vor, daß zu jener Zeit die Politik rückwärtslos jeden auswies, der des „Teufeltums“ verdächtig war. In Hunderten desertierten die Rekruten. Der Dichter Schiller schrieb resigniert: „In München ist die deutsche Gefinnung noch verbotener!“ Der Großdeutsche wurde als der „Fremdstämmige“ von den Kanzeln herunter verflucht und von den Amtstischen aus verjagt.

Nach Napoleons Niederlage war es selbstverständlich zunächst vorbei mit der schönen Freundschaft. Erst 1871, als der Eintritt Bayerns in das neu zu gründende Deutsche Reich akut wurde, flammte die Franzosenfreundschaft des bayerischen Adels und des Klerus, geschützt von den Brandreden des Partikularisten Dr. Sigl, wieder auf, so daß die neue deutsche Reichsverfassung im bayerischen Landtag nur mit einer Stimme Mehrheit durchging. Die Revolution des Jahres 1918 und die Erhebung Eisners zum bayerischen Ministerpräsidenten rückte dann die bayerisch-französische Entente cordiale erneut in den Vordergrund. Eisner, Phantast und Schwärmer, entdeckte alsbald sein federalistisches und franzkophiles Herz und streckte Clemenceau die Hand zur Verständigung hin. Vielleicht erhoffte er dadurch eine Milderung der Friedensbedingungen für das deutsche Volk, vielleicht dachte er auch an eine Verjüngung seiner süddeutschen Domäne, an ihre Unabhängigmachung von den ihm un bequem gewordenen Leitern der Reichspolitik in Berlin. Clemenceau aber schloß und verachtete dadurch Eisners staatsmännische Stellung. Eisners Tod machte jedoch die französischen Außenpolitiker nachdenklich. Man erkannte, daß man vielleicht am Quai d'Orsay eine Unterlassungsfünde begangen hatte, und schickte sich an, der Republik gewisse Konzessionen zu machen. In Bayern aber nahm die Entwicklung seit den Mailagen 1919 einen entscheidenden Kurs nach rechts. In Versailles wurde damals um den Friedens-

* Aus: „Die Neue Zeit“, Wochenschrift der Sozialdemokratie.

Erhöhung der Kohlenpreise

Berlin, 27. Juli. In Verfolg der in diesen Tagen am Bergbau bewilligten Lohnerhöhungen hatten die Organe der Kohlenwirtschaft heute neue Kohlenpreiserhöhungen vorzunehmen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Lohnerhöhungen und sonstigen Zuschläge für Materialien usw. durch Preiserhöhungen nach dem bisherigen Schlüssel abzugleichen. Dementsprechend tritt für das Ruhrrevier eine Preiserhöhung von 205,40 Mark netto die Tonne festförderfähige ein, die einzügl. Steuern usw. eine Erhöhung um 3,05 Mark brutto bedingt. In gleicher Weise erhöhen sich die Preise für Ruhrbraunkohle um 28,60 Mark für dort. Brutto um 12 Mark, wobei netto und für die mittelbayerischen und ostbayerischen Revierreviere um 59 bzw. 178 Mark netto. Die Erhöhung tritt am 1. August in Kraft.

Beschlüsse des Reichsrats

Berlin, 27. Juli. Der Reichsrat stimmte einer Verordnung zu über die Gewährung von Reichsförderungen zur Förderung des Wohnungsbauwesens, wodurch die Darlehenssätze an die Gemeinden verdoppelt werden sollen, sowie der Erhöhung der Tage- und Nebenabgeltungelder der Reichsbeamten. Der Reichsrat genehmigte ferner die vom Reichstag vorgeschlagene Erhöhung der Tagesgelde der Abgeordneten von 5000 auf 10 000 Mark monatlich sowie der Aufwandsentschädigung des Reichspräsidenten von 60 000 Mark auf 140 000 Mark. Ferner wurden die Vorschläge zur Erhebung von Münzen, die aus Aluminium mit 1 Proz. Kupfer hergestellt werden, gutgeheißen. Es sollen für 400 Millionen Mark Einmarkstücke, für 600 Millionen Mark Dreimarkstücke und für 800 000 Millionen Mark Fünfmarsstücke hergestellt werden.

Vertrag gestritten. Das hinderte gewisse Vertreter von Grundbesitz und Industrie Bayerns nicht, im besetzten Gebiet mit den französischen Militärs zu verhandeln, um unter der Vorherrschaft einer Trennung des deutschen Südens vom Norden zu verfahren, Vorteile für Süddeutschland herauszuschlagen. Die „bolschewistische Gefahr“ wurde als zugkräftiges Argument gebraucht. Man hörte die Abgeordneten der bayerischen Separationsbewegung in Wiesbaden und Mainz ruhig an. Konzeptionen für „antibolschewistische“ Wehrverbände rüdten in den Bereich der Möglichkeit. Welcher Art jedoch die Versprechungen von bayerischer Seite als Dank dafür waren, ist bisher nicht bekannt geworden.

Der Rapp-Kußch hat in Deutschland eine merkwürdige Entwicklung eingelesen. Im Norden des Reiches hat der Zusammenbruch der Bewegung durch die entschlossene Haltung der Arbeiterschaft, des demokratischen Bürgertums und eines wesentlichen Teiles der Beamtenenschaft das Prestige der demokratischen Republik gestärkt; nur in Bayern, wo der Kußch ganz lautlos vor sich gegangen war, hat er einen gewissen Erfolg gehabt und die Rückentwicklung von der Demokratie zum monarchistischen Obrigkeitsstaat gefördert. Kabinettschef im damaligen französischen Außenministerium war Paléologue, der frühere langjährige Leiter der französischen Gesandtschaft in Petersburg. Er war Realist und persönlicher Freund der antibolschewistischen Generäle, somit ein geschworener Feind des Bolschewismus und stiller Verbündeter aller Bestrebungen, die sich gegen Mättersland lehnen. Paléologue ist es auch, der für die neueste französische Politik in Bayern verantwortlich zu machen ist. Er trat in nähere Fühlung mit den bayerischen Separatisten und begann die von diesen eingeleitete monarchistische Bewegung auszunutzen. Von bayerischer Seite aus wurde ihm immer wieder das rote Tuch der bolschewistischen Gefahr vor Augen gehalten und zugleich die Schwächung des Deutschen Reiches durch eine bayerische Separation in Aussicht gestellt. Er schickte den Baron de Dard als Gesandten nach München und statete ihn mit großen Vollmachten aus. In München aber war man jetzt nicht nur gut deutsch, sondern sogar alldeutsch gestimmt. Das Entgegenkommen Frankreichs nahm man gern an, hütete sich aber wohl, die Geschäfte Frankreichs zu besorgen. Man arbeitete in Bayern mit ausländischer Hilfe für den Sturz der Demokratie und Republik und für die Restauration des Obrigkeitsstaats — zunächst in Bayern selbst, dann im Reich.

So stand Bayern im Sommer und im Herbst 1920 vor einer Restrennung vom Reich, und zwar nicht, weil die Franzosen es wollten, sondern weil die Staatsstreicheure der deutschen und bayerischen Reaktionäre diesen Punkt der Zerstückelung Deutschlands im Auge hatten. Frankreich seinerseits glaubte mit dieser Politik seinen eigenen Vorteil zu fördern. Darin hat es sich geirrt, der deutschen Demokratie aber einen ungeheuren Schaden zugefügt. Das Werkzeug des Münchener Gesandten Baron de Dard war der unreihe, psychopathische Freilager v. Leoprechting, der die fern Denkweise über Deutschland betriebs der Leichtigkeit der Restrennung Bayerns vom Reich lieferte und die Klüfte zwischen Reich und Landesregierung erweiterte. Er wurde zum willenslosen, unselbständigen Instrument in den Händen des französischen Gesandten.

Auch andere bayerische Führer sollen zu Baron de Dard in Beziehung gestanden haben. Die „Münchener Post“ veröffentlichte im April 1922 unüberprüfbar Dokumente, welche allerlei Beziehungen Dr. Heims und seiner Helfer, vor allem des Führers der bayerischen Königsarmee, des Grafen Beckmer, zu den Generalen und Bevollmächtigten der französischen Besatzungsarmee im Rheinland enthüllten. Auch Raßer soll über die Loslösung Bayerns vom Reich verhandelt haben. Er war aber so vorsichtig, sich auf keine schriftliche Fixierung einzulassen. Dagegen besteht angeblich über die Verhandlungen, die Heims geführt hat, ein Protokoll.

Die beständige Verführung der bayerischen Reichstreue von Seiten der Führer der bayerischen Separatistenbewegung ist jedoch keineswegs völlig unerschütterlich, sie will nur richtig verstanden sein. Zwei Dinge sind in dieser Hinsicht charakteristisch: erstens hat die ganze Bewegung fast nur Hintermänner preußischen Stammes, zweitens ist die nationalistische Welle, ja der Haß gegen Frankreich heute wohl nirgends härter als in Bayern; aber der zähe Wille, die deutsche Republik zu zerlegen und die alten Dynastien wieder in ihre Rechte einzusetzen, überwiegt alle vernünftigen Überlegungen.

Inzwischen hatte sich in Frankreich die Windrichtung geändert. Moshet trat als Kabinettschef an die Stelle Paléologues. Aber weder die Politik der bayerischen Separatisten noch des französischen Gesandten in Bayern wurde dadurch beeinflusst, und der Rücktritt Moshets und dessen Ersatz durch Poinecaré war nicht geeignet, den dunklen Machenschaften zwischen Paris und München ein Ende zu machen.

Ernüchterung in Bayern

München, 26. Juli. (Eig. Bericht.) In Bayern ist durch die einmütige Kennzeichnung der bayerischen Republikaner-Verordnung als Verfassungsbruch von Seiten der gesamten deutschen Presse mit Ausnahme der deutschnationalen, und durch die bindende Abweisung der bayerischen Wahlen durch das gesamte Reichsparlament eine rasche Ernüchterung eingetreten. Selbst deutschnationale Blätter, die vor wenigen Tagen ziemlich unerschrocken zum Hochverrat aufriefen, schreiben jetzt: „Keine Ueberstürzung und keine Aufregung!“ oder: „Die Meinungsverschiedenheiten brauchen doch keinen Bruch und keinen Konflikt bedeuten.“ — Die bayerische Regierung aber schwingt sich im Bewußtsein ihres Unrechts zu „draconischen“ Maßnahmen gegen die deutschnationalen Blätter, die vor wenigen Tagen ziemlich unerschrocken zum Hochverrat aufriefen, schreiben jetzt: „Keine Ueberstürzung und keine Aufregung!“ oder: „Die Meinungsverschiedenheiten brauchen doch keinen Bruch und keinen Konflikt bedeuten.“ — Die bayerische Regierung aber schwingt sich im Bewußtsein ihres Unrechts zu „draconischen“ Maßnahmen gegen die deutschnationalen Blätter, die vor wenigen Tagen ziemlich unerschrocken zum Hochverrat aufriefen, schreiben jetzt: „Keine Ueberstürzung und keine Aufregung!“ oder: „Die Meinungsverschiedenheiten brauchen doch keinen Bruch und keinen Konflikt bedeuten.“

Bezüge der Staatsangehörigen — Der bayerische Staatsrecht

München, 26. Juli. Der Ueberwachungs- und Besatzungs-Ausschuss des Reichstages, der bereits vor der Zuspätkung der Bayern-Affäre zur Erledigung wichtiger Angelegenheiten einberufen war, trat am Mittwoch nachmittags unter dem Vorsitz des Abgeordneten Genossen Müller-Franken zusammen. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde zunächst die Erhebung der Weimarerministerien behandelt.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß nach Zustimmung des Ausschusses die Zahlungsanweisung sofort angedrückt werde und die Auszahlung der Juli-Erträge sofort in dieser Woche erfolgen könne. Abg. Brennis (NSD.) und Steinhilber (NSD.) behaupteten, daß die Regierung sich gegenüber den Forderungen des Reichstages abfällig verhalten habe und verlangten Erhöhung dieses Gehaltsteils bei etwaigen weiteren Erhöhungen dieses Gehaltsteils durch dünkliche Anträge und raffinierte Verheimlichungserweiterungen. Die Abg. Berg (NSD.) und Deltus (Dem.) währten die Erhöhung der Kinderzulagen ab. Abg. Dittmann (NSD.) warnte vor einer Ueberstürzung dieser Familienzulagen. — Auf eine Anfrage des Abg. Steinhilber erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß man hoffe, auch die Zuerückführung für August ausreichte berücksichtigt zu werden. Sollten jedoch außerordentliche Ereignisse eine neue Zuerückweisung veranlassen, dann würden neue Verhandlungen erforderlich sein. Der Ausschuss erklärte sich schließlich mit der Auszahlung der vorgelegten Erhöhungen einverstanden. Abg. Dittmann (NSD.) schneidet dann die bayerische Frage an und spricht von einer offenen Aufhebung gegen Reichsregierung und Reichsverfassung. Er hält es für erforderlich, daß der 8. Ausschuss als Vertretung des Reichstages zu dieser Frage Stellung nimmt. Sei das nicht angängig, so halte er die Einberufung des Reichstages nur dann für unvermeidbar, wenn der Reichspräsident von sich aus einverleibe gedenkt. Er ersucht den Vorsitzenden, mit der Regierung dieserhalb Fühlung zu nehmen. — Genosse Müller-Franken erklärt darauf, daß der 8. Ausschuss zu dieser Frage nicht Stellung nehmen könne. Ziel der Verhandlungen könne nur sein, auf Grund des Artikels 48 der Verfassung zu fordern, daß die bayerische Regierung ihre Verantwortung aufhebe. Diese wäre aber die Aufgabe des Reichspräsidenten oder des Plenums des Reichstages. Er werde aber der Anregung des Abg. Dittmann folgen und mit dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung in Fühlung treten. Der Ausschuss ist damit einverstanden, und die Sitzung wird geschlossen.

Beratungen der Entente über Europas Wirtschaftspragen

Die von dem englischen Ministerpräsidenten angeregte und von Poinecaré nach langem Zögern angenommene Zusammenkunft in London scheint sich jetzt zu einer Besprechung des Obersten Rates zu entwickeln. Lloyd George arbeitet eifrig in diesem Sinne, und er hat bereits in Paris den Wunsch vorgetragen lassen, daß es unter Umständen angebracht erscheinen könnte, die für den 1. August in London angelegten Verhandlungen um einige Tage zu verschieben, um der neuen italienischen Regierung Gelegenheit und Zeit zu geben, einen Delegierten nach London zu entsenden. Die englische Regierung wünscht eine Zusammenkunft sämtlicher Vertreter der Entente, um eine Diskussion über alle schwebenden europäischen Fragen einzuleiten und darauf zu gestalten, daß damit der Weg für eine endliche und endgültige Lösung der europäischen Wirtschaftspragen geebnet wird. Bevor die Vertreter der Länderregierungen in London gesprochen haben werden, ist ein Beschluß der Reparationskommission über das deutsche Einzahlungsgebot jedenfalls nicht zu erwarten. Dagegen ist das Garantiekomitee nach mit den Vorarbeiten für den Bericht an die Reparationskommission über seine Einträge und Feststellungen in Berlin beschäftigt. Es veranlaßt, daß der Bericht des Untersuchungsamtes für die Ausgaben des deutschen Budgets enthalten werde und daß der Bericht über Einnahmen die Schaffung neuer indirekter Steuern empfiehlt.

In Anbetracht der tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland, die dem Garantiekomitee während seiner mehrendenzeitigen Anwesenheit in Berlin nicht unbekannt geblieben sein sollten, scheint es uns ausgeschlossen, daß man abersmals indirekte Steuern verlangen, und damit den Steuerdruck auf die verbrauchenden Bevölkerungskreise verstärken wird. Im übrigen würde das Garantiekomitee nach neuen indirekten Steuern der Auffassung des Garantiekomitees von der deutschen Finanzlage, wie sie in Pariser Blättern wiedergegeben wurde, widersprechen. Das Garantiekomitee hat vor seiner Abreise in Berlin, wie auch nach seiner Ankunft in Paris mehrfach verlautbaren lassen, daß die deutsche Steuerfrage nicht mehr wesentlich angepaßt werden kann.

Gemeindepolitik

Schweinfurt, 25. Juli. Zum Umbau und Erweiterung des städtischen Krankenhauses bewilligte der Bürgerausschuss 1.800.000 Mark. Mit der Errichtung von zwei Eingehallen für Lungenerkrankte wird an das Krankenhaus auch ein Ozeanoniengebäude angebaut, in welchem wie in einem bayerischen Anwesen eigene Küche und Schlachtere für das Personal und die Patienten gehalten werden. — Nach dem Vorbild anderer Städte ist aus dem Gemeinderat und dem Bürgerausschuss ein „Gewerkschaftlicher Ausschuss“ (sozialer Ausschuss) zur Erledigung dringender Gemeindegeschäfte gebildet worden.

Jugend und Sport

Worms, 27. Juli. Die Arbeiterportierbewegung schneidet auch in unserer Gemeinde ruhig vorwärts. Ueber 50 Mitglieder traten aus dem bürgerlichen Fußballverein geschieden aus und vereinigten sich mit dem Arbeiter-Turnverein. Darauf wurde ein Arbeiterportierverein gegründet. Daß unsere Herren Gegner unser jetziger Erfolg bedauern, ist ein großer Dorn im Auge ist, beweist die große Debatte gegen den jungen Verein getrieben wird. Die Arbeiterportierbewegung hat sich jedoch nicht irren lassen, sie schreitet auf ihrem Wege ruhig und unbeirrt weiter. Nur das eine ist zu bedauern: daß gerade solche Leute die größten Schaden anrichten, die täglich Brot in Durck und Handarbeit als Arbeiter verdienen müssen. Unseren Genossen, die nach in bürgerlichen Lager sind, rufen wir zu: Unterstützt unsere Bewegung durch Euren Eintritt in den Arbeiterportierverein, und auch Euer Platz ist — in der Gemeindeverwaltung fordern wir auf, den allen gemeinlichen Sportplatz auch unserem Verein zur Verfügung zu stellen und vor allem die Entscheidung nicht so lange hinauszuzögern. Wir wissen, daß auf dem Rathaus ein scharfer Gegner von uns ist. Der Herr legte in einer Versammlung: Mit einem Arbeiter-Sport-Verein haben wir nichts zu tun; die, die dorthin wollen, sollen austreten! Nachdem nun der Arbeiterportierverein gegründet ist, meine dieser Ueberzeugung gegenüber Gemeinderäten: In einem Vierteljahr wäre es doch zum Lebertritt gekommen! Der Herr kann also ruhig und er kann auch links, was trifft! Wir werden ja nun sehen, wie sich der Gemeinderat einigsetzt! Hoffentlich nach Recht und Gerechtigkeit.

Hinter Pflug und Schraubstock

Wissen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs
Von Max Gsch. (Fortsetzung.)

Wenn wir damals arme Deutsche schon ein Feld für wilde Kolonialjäger besessen hätten, hätte er ein berühmter Mann werden können. Sein Freund und Begleiter war es schon: Degenlin, auch ein Deutscher, auch ein Doktor, ein kleiner schneidiger Mann, Rumpfinger Nase, der Größe nach zu urteilen, etwas kräftig und einlässig, solange er sich nicht zu Hause fühlte, wozu er Zeit brauchte, unruhig und flüchtig wie Jener. Er war vor drei Wochen mit den Resten der Timmeschen Reisegesellschaft zur Erforschung der Nilquellen gegangen aus der entgegengesetzten Richtung das rote Meer betreten. Diese Reise bestand aus Karaman, Scharwan und Uffen, teils lebendig, teils in Spiritus, zahllosen Vogelkäfigen und drei Särgen. In einem Tag Frau Timme, die Mutter und das Haupt dieser wunderbaren Karawane, in den zwei andern die armen Kameraden, die Mutter und Tochter, die sämtliche schon in Karaman die Mitwirkung an der Entdeckung der Nilquellen aufgegeben hatten und dort eine Zeitlang begraben waren. Nun, fast ein Jahr später sollten sie auf dem Gipfel des Karaman ihre endliche Ruhe finden. Mit Timme, eine Mischung englischer Ungeheuerheit, deutscher Romantik, holländischer Gemütsstärke und international-weltlichen Eigenstums, wollte sich einen alten, hundertjährigen Kamelrudenpaar in der Nähe des Friedhofes kaufen und als halb mohammedanische Fürstin in orientalischer Hochachtung weiterleben. Degenlin, der das Konfessionieren von Bögen aus dem Grunde verstand, hatte sich in der Zeit jenes tropischen Wägen unentbehrlich gemacht und war noch immer ihr Major-domus und Großvater. „Vorläufig“, dachte er, was er seinen Fremden nur mangelhaft verbara.

„Alles auf sich beruhen lassen — nein! Das geht schlotternd nicht!“ sagte Doktor Weinhans, nachdem wir, in andächtiger Erinnerung an die ferne, kühle Heimat, den ersten lechenden Durst gestillt hatten, und klopfte sorglich mit dem leeren Glas auf den Weidlich, der ihm als lautstündender Kriegsgeld diente. „Sie sind natürlich der gutmütige Deutsche, wie er aus den Büchern gekrochen kommt, quälen sich da unten auf Ihren Baumwollfeldern wie ein Nigger und bängen wirklich etwas zustande, was seit tausend Jahren noch niemand am heiligen Nil ge-

sehen hat — Sie müssen das sehen, Degenlin! Ein Dampfzug in Hellasländern ist sehr schwer. Das läuft wie ein verrückt gewordenes Schiff über Feld, wirft Schellen herum wie Wasserwagen, und an den beiden Helenden pfeift und pfeift und rasselte eine mummantartige Eigenmasse und läuft von Zeit zu Zeit vorwärts, als ob sie die ganze Geschichte fort hätte und durchbrennen wollte. Ich verstehe nichts davon, aber es soll etwas dabei herauskommen, habe ich mir sagen lassen. Wenigstens schneidet sich dieser Zug die Seele aus und würde ein paar Millionen hinterlassen, die ich gerade brauchen könnte, wenn er kein Landmann von uns wäre. Und nun kommt ein kleiner englischer Schwadronneur und trompetet in alle Welt hinaus, das sei alles Kinder und Krimskrans! Der wahre Dampfzug kommt erst, wenn er erseheine. Ich liebe mir es nicht gefallen.“

Und Weinhans trant sorglich sein zweites Glas aus. „Ich lasse mir es auch nicht gefallen!“ jagte ich, aber ich kann warten. Wenn er kommt, werden wir ja sehen.“

„Wenn er nun ist?“ meinte Degenlin, mit dem schlaun Winkeln eines alten Schwaben, der die Welt kennt, ohne daß man es ihm anseht, wenn er nun ist, kommt er gar nicht. Sie pflügen ihm gut genug. Waschen Sie nur so weiter. Mehr braucht er nicht, um den Feldzug zu beginnen. Sie wissen noch nicht, daß Sie in den nächsten fünf, lieber fünf, ein paar wichtige Dampfschiffe an richtigen Fied tun Wunder, einen guten Drahtmann, der Schwaben kann, wie er selbst, findet der Mann. Wenn dann Ihre Helaschen ihm den Gefallen tun, den Fototerischen Pflug in den nächsten Wochen ein- oder zweimal zusammenzubringen, was sie ganz besonderes Talent haben sollen, wie ich im Feld höre, dann hat er für die nächste Zukunft gewonnen und Sie das Raafsehen.“

„Ich liebe mir es nicht gefallen“, tief Weinhans in wachsendem Grim. „In diesen Ländern muß sich der Mensch seiner Haut wehren, wenn er sie nicht über die Ohren gezogen haben will. Rollens ein Deutscher, aber wir Deutsche sind nicht wahrhaft gläubig, wenn uns nicht jemand die Haut über die Ohren zieht.“

„In dieser Hölle! Es hat alles seine Berechtigung!“ suchte ich ihn zu beruhigen. „Nebenbei zieht in unserm Fall ein Engländer dem andern das Fell über die Ohren, wenn es zum Schlimmsten läme. Fowler und Howard gebären beide unsern entsetztesten Velttern teufelischer Rasse an. Das sollte Ihnen gegnlich Spaß machen, Weinhans!“

„Na!“ bestimmte mein joengemuter Freund, der mich durchschaut und wohl wußte, daß ich keineswegs so leichtgläubig war, als ich mich stellte. Beide erzählten mir dann das nächste, was wie Verbleib unter der Veranda des Hotels Spessard, in den Kontoren der Kaufleute von Kairo und in den Räumen der Regierung und der Polizei das kommende Glück besah, und das dem Lande der Schwabische Dampfzug bringen mußte, und wie man bereits da und dort Sahara und den armen Gallen Palcha demüthete, der sich abquälte, das unglückliche System Fowlers einzuschleppen, wo doch so viel Besseres vor der Räuberische. „Ich will nicht aufhören“, sagte Weinhans zu Degenlin, in dem er seine furchtbaren Schmutzartikel nach oben drückte und dem ich selbsterst anhat, aber ich hatte es für unklar aufgefaßt, diesen einfachen Landbesitzer zu miszen, soweit es möglich ist. Darüberzoger Wodon! Der Meier muß das Häßchen schon schief stellen! — Ich hatte es für eine nationale Pflicht, dem armen Zug beizustehen.“

Das in jenen Tagen noch so gut wie unentdeckte Ario stieß die Kläfer zusammen und trant seine Rüste. Man mußte sich beeilen, wollte man nicht zu kurz kommen, und beobachtete die heimlichen Seiten im fremden Land treuer als im eigenen. Wir wissen heute kaum mehr, wie es dem Deutschen danach die Welt summe war damals, als unser Nationalist Vers für Weis aus einer sorgfältigen Frage bestand und uns die andern, wenn sie in keiner Stimmung waren, freundlich und mitleidig auf die Schulter klopfen; wir waren so völlig harmlos!

In diesem Augenblick trat mein Freund O'Donad ein und setzte sich ohne Umstände zu uns; ein junger englischer Kaufmann irischer Herkunft und zugleich Sportmann mit Red und Seele. Als solchen hatten ihn auch Weinhans und Degenlin schon kennen gelernt. Dem letzteren hatte er für seine Vogelkäfigen im Raum zwei englische Hunde geliehen, wodurch eine künzige Freundschaft zwischen den beiden entstanden war. Auch mir war O'Donad ein guter Kamerad, abgesehen davon, daß er meine kleinen Vantagegeschäfte besorgte und als Produzent von Briggs u. Co. der Hauptagent für einige der größten englischen Geschäfte war. In der Form von englischem „Chaff“, diesem seiner Nation eigentümlichen Austausch von Währungsstellen in Gestalt von gutartig-berben Wigen, konnte man ihn die größten deutschen Großhändler sagen und sich mit ihm an seiner Freude darüber freuen.

(Fortsetzung folgt.)

Sächsischer Landtag

gr. Karlsruhe, 27. Juli.

87. öffentliche Sitzung

Präsident Wittemann eröffnet die Sitzung um 8.45 Uhr.

Die Entschädigung bei Tumultschäden

Abg. Schön (Dem.) berichtet namens des Ausschusses über folgenden Antrag Dr. Matthes (Lib.D.) und Genossen: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Entschädigung bei Tumultschäden allgemein ohne Rücksicht auf die Vermögenslage des Geschädigten erfolgt. Der Ausschuss beantragt mit 13 gegen 4 Stimmen, dem von ihm etwas abgeänderten Antrag zuzustimmen. Die Regierung erhob aus finanziellen Gründen Bedenken. Auch würde der Antrag im Reichstag, der hierüber zu entscheiden hat, keine Aussicht finden. Der Ausschuss änderte die Fassung des Antrages dahin, daß diese allgemeine Schadenersatzpflicht für künftig entstehende Tumultschäden gilt.

Abg. Dr. Kullmann (Soz.): Meine Fraktion wird diesen Antrag ihre Zustimmung nicht geben. Er hat mehr agitatorischen als praktischen Zweck. Er soll ausreißend wirken nach den Vorgängen nach dem Mathenmord. Der Antrag enthält zahlreiche geschlechtsverstoßende Mängel. Dem Antrag fehlt jedes Material, daß das bisherige Gesetz in Baden Unbilligkeiten brachte. Außerdem ist das bisherige Gesetz bereits ein Kompromiß und es besteht keine Aussicht, daß der Reichstag es ändert. Die Tumultschadengesetze sind Reaktionsgesetze. Das zeigte sich in Frankreich nach der französischen Revolution in der Direktorialzeit, in Deutschland nach 1848. Die Finanzlage des Reiches legt uns Einschränkungen bei Ersatzansprüchen bei Tumultschäden auf. Es wäre nicht zu verstehen, daß das ganze verarmte deutsche Volk den Schaden ersetzen sollte, der z. B. bei einem Wirtschaftskampf zwischen Arbeiterschaft und Bergwerksherren in einem Bergwerksschacht entstehen könnte. Nachdem unser ganzes Recht von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet wird, kann schon deshalb ein allgemeiner Schadenersatz nicht in Frage kommen. Wer kommt denn den Verlusten des Gewerkschaftsbundes in Mannheim für den Schaden auf, die sie durch die Sprengbombe erlitten haben? Hier handelt es sich um keinen Tumult, sondern um ein Verbrechen aus dem Hinterhalt. Diesen Schaden zu ersetzen, dafür fehlt jede Partei ein. Wir lehnen deshalb den Antrag ab.

Abg. Schmidt-Bretten (D.M.) äußert, der Antrag sei nicht agitatorisch und stimmt ihm zu.

Abg. Bock (Komm.) betont, daß der Sachverhalt durch den Mord an Mathenau und an Erbacher entstand. Der Antrag ist prozessierend. Wir lehnen den Antrag ab.

Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Niz.), Abg. Schön (Dem.), Abg. Dr. Matthes (Lib.D.) als Antragsteller, Abg. v. Lu (Vdd.) stimmen dem Antrag in der Fassung des Ausschusses zu.

Abg. Strobel (Soz.) erklärt, mit der Ablehnung des Antrages die Befragten nicht schuldig machen zu wollen. Aber der Antrag erweckt nicht Vertrauen, wenn man bedenkt, daß er von jenem Lande ausging, das sich der größten Ruhe im Verhältnis zu anderen Ländern erfreute. Wir müssen auch an die Provokationen von rechts denken. Das Ansehen Badens wird durch diesen Antrag nicht gehoben. Dabei hätte gerade die Sozialdemokratie am ersten Ursache gehabt, Ersatzansprüche zu verlangen. Im Frühjahr 1919 wurde die „Volksstimme“ schwer beschädigt. Wir dachten nicht daran, Schadenersatzansprüche zu machen. Bei den letzten Demonstrationen zeigten sich viele Provokateure dazwischen. Man hörte nämlich auch Rufe wie: Nieder mit den Juden! Das waren keine Angehörigen der Linksparteien, sondern Provokateure von rechts, um das Volk aufzureizen. Als man sie nach ihren Mitgliedsbüchern fragte, rissen sie dann aus. Wir lehnen den Antrag aus all diesen Gründen ab.

Der Antrag wird in der Fassung des Ausschusses gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Abg. Schön (Dem.) berichtet über die Anfrage des Ministeriums zur

Kartoffelversorgung

Zunächst erinnert der Berichterstatter daran, daß wir auf die Zufuhr von aberen Ländern angewiesen sind. Dies muß bei Höchstpreisvorschriften berücksichtigt werden. Der Höchstpreis hat sich als unhaltbar erwiesen, wenn nicht eine öffentliche Bewirtschaftung damit verbunden ist. Davon kann man jedoch nach den Erfahrungen ab. Der Ausschuss kam auf Grund von Erfahrungen zu dem Antrag, dem Ministerium für das Wirtschaftsministerium 1922/23 zu empfehlen, von der Festsetzung von Höchstpreisen abzusehen. Dagegen hofft man von den diesbezüglichen Reichsberichten eine erhebliche Wirkung. Die Einschränkung der Verkaufserlaubnisse und eine gute Kartoffelverteilung machen die Höchstpreise hinfällig.

Abg. Härdter (Soz.): Auch wir sind der Auffassung, daß die Höchstpreise in einem Lande wie Baden nicht den gewünschten Erfolg bringen. Eine durchgreifende Bewirtschaftung im ganzen Reich würde uns allerdings das angenehmste. Dies ist jedoch ausgeschlossen. Der einzelne Haushalt muß dieses Jahr große Beträge für die Kartoffelversorgung aufwenden. Ich habe große Bedenken, ob die Familien dies können. Dazu kommt die Brennholzversorgung. Ich bitte deshalb die Regierung, soweit als möglich Hindernisse einzuwirken. Z. B. Zahlung von Zuschüssen an die Beamten und Pensionäre. Ebenso sollten aber auch Arbeiter und Angestellte Berücksichtigung für den Winterbedarf bekommen. Nehmlich hätte etwa für die Sozial- und Kleinrentner zu geschehen. Alles muß geschehen, um deren Lage zu erleichtern. Verbraucher und Produzenten müssen durch Organisationsmaßnahmen direkt in Verbindung treten.

Abg. Duffner (Niz.) äußert Wünsche bezüglich der Kartoffelversorgung im hohen Schwarzwald. Der Ausschussantrag wird angenommen. Es folgt die Erledigung einer Reihe Gesuche.

Gesetzentwürfe

Der Gesetzentwurf über die Fürsorgeerziehung, der eine Verlängerung des bestehenden Gesetzes bis 1. April 1924 darstellt, wird in beiden Lesungen einstimmig mit einer Enthaltung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Zuständigkeit der Gerichte, wodurch die Zuständigkeit der Gemeindegerichte auf 1000 M. erhöht und die Gebührenfrage entsprechend geregelt wird, wird in beiden Lesungen einstimmig bei einer Enthaltung angenommen. Der Antrag der weiblichen Abgeordneten des Hauses, das Bürgerrechtsgesetz dahin abzuändern, daß verschiedene Bestimmungen außer bei der Witwe auch bei der ledigen Tochter eines Gemeindeglieders eintreten, falls diese einen selbständigen Haus-

halt führt, wird der Regierung als Material zur Kenntnisnahme überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens durch die Gemeinden und Kreise, wodurch die Ermächtigung zur Steuererhebung für Liegenschafts- und Betriebsvermögen auf das Rechnungsjahr 1922 ausgedehnt wird, wird bei zwei Enthaltungen im Zentrum angenommen.

Der Gesetzentwurf zur Aufhebung des Gesetzes über die Uebernahme von Reichs-, Militär- und badischen Hofbeamten sowie von Angehörigen der eisenbahntechnischen Landesverwaltung wird in beiden Lesungen einstimmig angenommen, wobei in der Begründung darauf hingewiesen wird, daß die dringenden Uebernahmen abgeschlossen sind und in der Folge nach Maßgabe der verfügbaren Stellen zu verfahren ist.

Der Gesetzentwurf über das Ueberkommen mit der Reichsregierung zur Neuordnung der Eigentums- und Betriebsverhältnisse der in Baden gelegenen Linien der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft wird in beiden Lesungen einstimmig angenommen. Um 11 Uhr verläßt sich das Haus auf nachmittags 1/2 6 Uhr.

Nachmittags-Sitzung

Das Finanzgesetz für die Jahre 1922 und 1923

Abg. Marum (Soz.) berichtet namens des Haushaltsausschusses über das Gesetz über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1922 und 1923. Das letzte Mal war der Beschlußtrag 187 Millionen Mark. Diesmal beträgt der Beschlußtrag 2 049 871 583 M. Der große Beschlußtrag liegt sich aus der Entwertung der Mark. Zu Befürchtungen liegt kein Anlaß vor. Denn der Beschlußtrag liegt in der Hauptsache auf dem Papier. Die ordentlichen Einnahmen betragen jährlich 1 780 426 020 M., die ordentlichen Ausgaben betragen jährlich 94 469 980 M., mithin für 1922 und 1923 zusammen 188 919 960 M. Der Mehrbetrag der außerordentlichen Ausgaben für 1922 und 1923 beträgt nach Abzug der außerordentlichen Einnahmen 288 191 548 M. Hierzu ergibt sich für 1922 u. 1923 ein Beschlußtrag von 49 271 538 M. Hierzu kommen noch Kredite von 23 000 000 M. und Ausgaben des ordentlichen Etats für Besoldungen, Gehalts- und Zulagezuschläge, Wirtschaftsbetriebskosten mit 2 023 800 000 M. Der Beschlußtrag beträgt somit insgesamt 2 095 571 583 M. Dieser Beschlußtrag vermindert sich durch Stellenersparungen um 45 700 000 M., jedoch als mittlicher

Beschlußtrag 2 049 871 583 M. verbleiben. Hierin sind zu bedenken 25 000 000 M. durch den Vertriebsfonds. Der Rest von 2 024 871 583 M. ist zu bedenken durch Einnahmehörschüsse, die im Laufe der beiden Rechnungsjahre erwirtschaftet werden und insbesondere durch die Zuschüsse des Reichs zum Besoldungskaufmann für die Landesbeamten. Angesichts der außerordentlich großen kommenden Ausgaben muß man sagen, daß sich auch die Einnahmen entsprechend steigern werden. An Steuern und Grundvermögen und vom Gewerbebetriebe werden vom 1. April 1922 an von je 100 M. Steuerwert erhoben: bei Gebäuden, beim gewerblichen und land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen 1,4 M., bei einzelnen geschäftlichen Grundstücken und beim Bergwerkseigentum 2,48 M., beim Wald 2,28 M., bei kapitalisierten und diesen gleich zu behandelnden Grundstücken und bei einzelnen geschäftlichen Posten 4,10 M. Die übrigen Ausgaben für Rechnung des Landes bleiben bis auf weiteres mit dem jetzt geltenden Satzen in Kraft, vorbehaltlich der Änderungen, die vom Landtag etwa noch beschlossen werden. Der Ausschuss empfiehlt Annahme des Finanzgesetzes.

Die Abstimmung über das Finanzgesetz

Das Finanzgesetz wird in erster Lesung mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Abg. Frau Unger, Abg. Wolf, Abg. Gäßler (Komm.) angenommen.

Abg. Marum (Soz.) tritt dafür ein, daß das Wohnabgabengesetz an die Spitze der nächsten Tagesordnung gesetzt wird.

Nächste Sitzung: Freitag früh 10.15 Uhr. — Tagesordnung: Wohnabgabengesetz; Gesuch zur Sonntagruhe; Antrag zur Generaldirektion.

Schluß der Sitzung: 6.50 Uhr.

Hochschule und Republik. Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, worin die Wiedereinrichtung des hiesigen Hochschulpflichtgesetzes zur Anwendung kommt. Der Gesetzentwurf ist zur geschäftlichen Behandlung an den Haushaltsausschuss gegangen. Seine Behandlung ist bis zum Wiederzusammentritt des Landtags im Spätherbst zurückgestellt.

Genehmigt bei der Staatsratsauskunft das Gesetz über die Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1922 und 1923, sowie den Entwurf des Gesetzes über die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens durch die Gemeinden und Kreise im Rechnungsjahr 1922 mit dem Zusatz, daß das Gesetz am 1. April in Kraft tritt. Zugelassen wurde weiter der Aufhebung des Gesetzes vom 31. Juli 1910 über die Uebernahme von Reichs-, Militär- und badischen Hofbeamten, sowie von Angehörigen der eisenbahntechnischen Landesverwaltung in den badischen Staatsdienst. Dabei ist mitgeteilt worden, daß Baden 410 Beamte, darunter 144 ehemalige Hofbeamte, übernommen hat. — Abgelehnt wurde ferner der schon besprochene Gesetzentwurf über das Ueberkommen mit der Reichsregierung zur Neuordnung der Eigentums- und Betriebsverhältnisse der in Baden gelegenen Linien der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft.

Kleine badische Chronik

* Forstheim, 26. Juli. Zu dem Mordmord an dem 63jährigen Landwirt Leopold Gaeffner in Hohenwart wird noch berichtet, daß drei verdächtige Personen verhaftet und nach Forstheim verbracht wurden. Es handelt sich um einen im Jahre wohnenden weitläufigen Verwandten, den 20jährigen wohnenden 40jährigen Schwager John Gaeffner, den Hasser Stülinger und dessen 19jährige Tochter. Stülinger wohnt zur Wirtin bei seinem Onkel Gaeffner. Verhaftet wurden ferner 5-800 M. Die Staatsanwaltschaft hat auf die Ermittlung des Täters eine hohe Belohnung ausgesetzt.

* Forstheim, 26. Juli. Schenkung. Der badische Interessentenverein in St. Louis hat der Stadtverwaltung als Ergebnis einer Sammlung 10 000 M. überreicht. — Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung zum Einbau von 16 Wohnungen in hiesigen Gebäuden mit einem Aufwand von 2 370 000 M. eingeholt.

* Mannheim, 26. Juli. Straßenraub. Im letzten Montag nachmittag gab sich ein bis jetzt noch unbekannter Mann einem

14jährigen Schüler gegenüber auf der Straße als Polizeibeamter aus, entließ ihm sein Fahrrad und fuhr schnell davon. — Dem Unfug, im Bett zu rauchen, büßte am Montag ein hiesiges Dienstmädchen mit dem Leben. Sie war mit der brennenden Zigarette im Munde eingeschlafen. Die Glut fiel auf ihre Kleider, die Feuer fing. Das Mädchen erlitt so schwere Brandwunden, daß sie am Dienstag im Allgemeinen Krankenhaus starb.

Konstanz, 27. Juli. Wochenmarkt. Auf dem hiesigen Markt hatte eine Handelsfrau einen Wagen Kartoffeln aufzufahren, mit dem sie jedoch nach kurzer Zeit aus leicht zu erklärenden Gründen wieder umkehren wollte. Einige Frauen hatten inzwischen die Polizei verständigt, auf deren Veranlassung hin dann die Handelsfrau ihre Kartoffeln zum Preis von 7 M. pro Pfund verkaufen mußte.

* Die Verfassungsfeier im Reichstag. Der Reichskanzler hat den badischen Staatspräsidenten Dr. Hummel einladend, bei der Verfassungsfeier im Reichstag am 11. August 1922 die Gedächtnisrede zu halten. Staatspräsident Dr. Hummel hat die Einladung angenommen.

Die neue Zusammenfassung der Schlichtungsausschüsse. Man schreibt uns: Seit der Verabschiedung des badischen Landtags über die neue Zusammenfassung der Schlichtungsausschüsse sind nun schon mehrere Wochen ins Land gegangen, ohne daß der neue Landeslichtungsausschuss zusammengetreten ist. Beteiligte, die Ansprüche in der Berufung schweben haben, sind wegen dieser Verzögerung lebhaft beunruhigt. Wie man aus dem Ministerium des Innern hört, war eine Fortsetzung der Arbeit deshalb noch nicht möglich, weil die beteiligten Organisationen noch nicht alle ihre Vorschläge gemacht haben. Im Interesse derjenigen, deren Bezüge geregelt werden sollen, muß bedauert werden, daß die Organisationen sich für ihre Vorschläge so lange Zeit lassen.

Wegweiser durch Baden mit Verzeichnis der Güter, Gasthäuser, Pensionen und Sanatorien. In erweiterter Auflage ist der für die Auswahl eines Erholungsurlaubes in Baden empfehlenswerte Wegweiser erschienen. Die praktische Schrift enthält die wichtigsten Angaben über die einzelnen Fremdenplätze, Bade- und Kurorte in den badischen Erholungsgebieten des Schwarzwaldes und Oberrheins, am Bodensee, Rhein und Neckar mit Nachweis von über 800 Hotels, Gasthäusern, Pensionen und Sanatorien sowie Hinweise auf private Unterkunfts-möglichkeiten. Die Preisliste sind in einer Beilage nach dem Stand Anfang Juli 1922 enthalten. Bezug durch den Badischen Verehrer-Verband Karlsruhe, Kaiserstraße 145, Eingang Kammerstraße (Postfachkonto 4422 Karlsruhe) gegen Ueberweisung von 5 M., in Karlsruhe außerdem beim Verkehrsverein Karlsruhe, 158 erhältlich.

Warenproben nach Italien. Wie die italienische Postverwaltung mittels, gehen ihre häufig eingeschickten Warenproben aus dem Auslande zu, die Waren oder Gegenstände mit Handelswert enthalten. Da die Befreiung solcher Gegenstände in Briefsendungen unzulässig ist, werden sie beim Empfänger nicht ausgehändigt, sondern der Zollverwaltung mit Beschlag belegt. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des Weltpostvertrages von Madrid für den Verlust von eingeschickten Sendungen mit verbottene Inhalt nicht gehaftet wird.

Kleine Nachrichten

Landheim (Niz.). An der Straßenkreuzung Stellen-Kästel-Oberhofheim fuhr ein von Hamburg kommendes Auto, daß sich auf dem Wege nach Friedrichsdorf befand, auf einen Baum auf und überfiel sich. Die Insassen, ein Herr und eine Dame, kamen mit leichten Verletzungen davon, der Chauffeur wurde getötet.

Landau (Niz.). Ein hiesiger Eisenbahner schloß, ermittelte von dem Tageslohn und Wägen, den Schlaf des Gerathen. Beim Erwachen bemerkte er zu seinem Schrecken, daß ihm ein Gauner sein falkisches Geld aus dem Munde heraus gestohlen hatte.

Berlin. Nach Ausweis des 12. Nachtrages der amtlichen Zeitungsverzeichnisse von 1922 haben wieder 226 Zeitungen und Zeitschriften ihre Erscheinung eingestellt.

Berlin. Anfangs 1919 wurden französische Fahnen aus der Garnisonkirche nach dem Berliner Franzhaus und ferner nach dem Kriegsministerium gebracht, wo sie entwendet worden sind. Die französische Regierung hat die Auslieferung dieser Fahnen verlangt. Bisher ist es nicht gelungen, die Täter ausfindig zu machen. Die Reichsregierung wird daher jetzt eine Belohnung von 100 000 M. auf die Auffindung der Täter aussetzen.

Berlin. Die deutsche Regierung hat den vor kurzem zum Präsidenten der Republik Argentinien ernannten bisherigen Vizepräsidenten in Paris, Herrn Marcelo Alvear, eingeladen, von seiner Heimreise nach Deutschland zu besuchen. Der Präsident hat die Einladung sehr freundlich aufgenommen, mit Rücksicht auf den nahen Zeitpunkt seiner Rückreise (Mitte August) und die Notwendigkeit, sich dahin nach umfangreiche Reiseberichtigungen zu treffen jedoch erklärt, daß es ihm zu seinem großen Bedauern an Zeit mangle, dieser sowie verheißener anderer an ihn ergangenen Einladungen europäischer und außereuropäischer Länder Folge zu leisten.

Breslau. Den „Neuesten Nachrichten“ zufolge wurde ein Teil der Krappacher Papierfabrik durch einen Brand zerstört. Der Betrieb ist für einige Zeit unterbrochen.

Hamburg. Donnerstag morgen um 1/2 11 Uhr entstand im Freihafen ein Großfeuer, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff und für mehrere Millionen Mark Tabakwaren zerstörte, die der Firma Fischer u. Co. gehörten. Verletzte sind bisher nicht gemeldet. Ueber die Entstehungsurache ist nichts bekannt.

Tittmoning. Ein schönes Gewitter ist über die weitere Umgebung von Tittmoning bis an den Waginger See niedergegangen, wobei in mehreren Ortschaften durch Hagelschlag großer Schaden verursacht wurde.

Stettin. Die Abstimmung der streikenden Seemanns, Feiger und Ingenieure ergab die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit. Dagegen haben die dem Transportarbeiterverband angehörenden Seemanns mit fünf Stimmern der abgegebenen Stimmen beschlossen, die Vereinbarungen abzulehnen und damit auch die Wiederaufnahme des Streiks.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.



KRAEMER & FLAMMER, HEILBRONN A.N.

Damentaschen & Besuchstaschen zu **Kaufmanns Stagengeschäft**
 Aktenmappen und Klein-Lederwaren billigen Preisen für Offenbacher Lederwaren
 Nur beste Fabrikate Steinstraße 6 II. Steinstraße 6 II.

Zur **Kassenpraxis** zugelassen.
Dr. Hosenberg
 Angartenstrasse 6.

Die Kaminfeuergebühren im Stadtbezirk Karlsruhe betr.
 Auf Grund des § 77 Abs. 2, § 25 der Kaminfeuerordnung vom 23. November 1921, §§ 133, 134 P. Str. G. B. wird die bezirkspolizeiliche Vorrichtung für die Landgemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe vom 6. Mai 1920 in der Fassung vom 28. Februar 1922 mit Wirkung vom 1. Mai 1922 ab und vorbehaltlich einer weiteren, sofort durchzuführenden Aenderung wie folgt geändert:
 Der § 3 erhält folgende Fassung:
 In den in § 2 erwähnten Grundstücken ist bis auf weiteres ein Feuerungsanfang in Höhe von 700 Prozent der einzelnen Laxe zu zahlen. D. B. 1922 Karlsruhe, den 24. Juli 1922.
 Bezirksamt. — Abt. II.

Hochbearbeiten für den Schraub- und Bolzenbau eines Teiles des Rostschweißens von der derzeitigen Baustelle des neuen Befehlshaus nach der Hauptvertragsstelle in der Hauptvertragsstelle Karlsruhe zu geben, Maurearbeiten, Zimmerarbeiten, Blänne und Bedingnisse auf dem Baubüro im Hofe des Verwaltungsgebäudes der Hauptvertragsstelle, Eingang Wielandstraße, von 8 bis 12 Uhr vormittags zur Ansicht. Dort auch Abgabe der Angebotsunterlagen. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen und mit der nötigen Aufschrift bis längstens 29. Juli 1922, vormittags 10 Uhr, an dem Baubüro der Hauptvertragsstelle einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Karlsruhe, 21. Juli 1922.
 Baubüro der Eisenbahngeneraldirektion.

Unsere Tages- und Abendkurse beginnen am 1. und 15. jeden Monats
 Anmeldungen an 2407
Näh- und Zuschneideschule
 Morlock, Marienstr. 45.

Meister
 für ältere Zinnfabrikanten gesucht.
 Offerten mit Zeugnisabschriften unter F. L. D. 459 an das Volksfreundbüro.

Stadt. Konzerthaus
 Leitung: Direktor Adalbert Steffter.
 Heute Freitag abends 7 1/2 Uhr, Vorstellung für Verein Volksbühne O 3
Das Glücksmädel.
 Morgen Samstag abends 7 1/2 Uhr
Mascottchen.
 Sonntag, 30. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, einmalige Nachmittagsaufführung:
Das Glücksmädel abends 7 1/2 Uhr.
Mascottchen.
 Montag, den 31. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Vorstellung für Verein Volksbühne O 4
Das Glücksmädel.

Fahrad-Gebirgs-Mäntel
 schaffige Ware, noch reichere Preise. Günstigste Preise.
 Eugen Schaeffer
 Durlach
 Hauptstr. 81 b. Bahnhof.

Schlafstelle oder **Wohnzimmer** einfach und schön in der D. R. G. B. zu mieten gesucht. Offert. unt. 4811 an das Volksfreundbüro.

Werkzeug-Schlosser und Dreher
 für dauernde Beschäftigung gesucht.
Schnelwagenfabrik
 Hannibalallee 25.

Sohnender Verdienst
 bietet sich gewandtem Helfer, durch Stellen von Maschinen in seiner freien Zeit, an.
 Fr. Börmann
 Karlsruhe - Rappert.

Eden-Lichtspiele
 Am Durlacher Tor
 Ab heute bis einschließlich Sonntag
 Fortsetzung des gewaltigen amerikanischen
Wildwest-Schlagers
Der Feuerkreis von Kalifornien
 III. Episode. 6 Akte
Die Schatten des Todes
 übertrifft an sensationeller Handlung, atemberaubender Spannung und tollkühnem Wagemut belweitem die beiden ersten Teile und stempeln dieses Filmwerk zu dem Besten, das bis jetzt je gezeigt wurde.
 Um allen Wünschen unseres verehrten Publikums gerecht zu werden, bringen wir trotz des großen Wildwest-Schlagers
Cunrar Tolmas (Der Liebling der Frauen)
 in seinem Meisterwerk:
„Sturmflut des Lebens“ Tirolergreifende Familientragödie in 5 Akten.

Luxem-Lichtspiele
 Kaisersstr. 168
 Ab heute, nur bis einschließlich Sonntag
 Endlich eingetroffen:
TARZAN
 III. TEIL
Tarzans Rache
 Amerikanisches Riesens-Filmwerk in 7 Akten voll atemberaubender Spannung.
 In der Hauptrolle:
ELMO LINCOLN genannt **GOLIATH ARMSTRONG**
 Als Reizprogramm:
Mariechens Heimkehr
 Heiteres Filmspiel in 2 Akten
 Die Direktion entschuldigt sich bei seiner werten Kundschaft, die die letzte Woche vorgebens wegen Tarzans Rache ins Luxem kamen. Durch Irrtum der Firma wurde der Film an andere Stelle gesandt. 4506

1. Abt. Sport-Klub Germania
 Sportfreunde Karlsruhe.

Fußballabteilung F. C. Baden.
 Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Übungsstunden von heute ab jeden Dienstag und Freitag von 7-10 Uhr abends in der Turnhalle der Schillerstraße 1, stattfinden. Auch das Training für den Spitzkampf findet an diesen Abenden statt. Um zahlreichem Besuch der Übungsstunden wird gebeten.
 Der Vorstand.

Ata
 Bestes Putz- u. Scheuermittel
 Unschädlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.
 Henkel & Cie., Düsseldorf.

Augie, Hosen, lange u. Breches, aller Art, Windjacken, Sommerhosen, Damenkleider u. Schuhwaren billig abgegeben bei 4489
Agelrad 22, 2. Stock.

ankuch
 Eingetroffen! Eine Schiffsladung weißer Auslandszucker

Matratzen und Polstermöbel werden gut und billig aufgearbeitet sowie neu angefertigt.
 Kammerer, Wilhelmstraße 25.

Freie Schuhmacher-Innung für die Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe und Durlach.
Bekanntmachung.
 Durch das enorme Steigen der Rohmaterialien, der Löhne, sowie Lebensmittel, sind wir gezwungen, die Preise zu erhöhen. Die neuen Preisberechnungen sind in der Genossenschaft, sowie in den Lederhandlungen für die Herren Schuhmachermeister erhältlich, und sind für die Kunden in jedem Geschäft erhältlich anbringen.
 Anmerkung: Während des Druckens der Berechnungen ist das Kilo Leber um weitere 10 Mark im Preise gestiegen. Dieses und jedes weitere Steigen der Materialien sind jeweils in Klärung zu bringen. (Siehe Preisberechnungen am Schluß).
 Der Vorstand.

Fahnen und Banner in jeder Ausführung Vereins-Bedarfsartikel. Kostenausschläge ohne Verpflichtung.
 A. Krawinkel, Steint 1

Wer hilft?
 Unser Gehirnsinvalide benötigt einen Selbstfahrer. Spenden vermehren die Gehirnsinvalide des „Volksfreund“ unter Nr. 1629.

Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen
Bezirksverein Karlsruhe
 Geschäftsstelle Belderheimer Allee 10 — Teleph. 634
 Zu der am Sonntag, den 30. ds. Mts., nachmittags 1/2 8 Uhr, im Colosseums-Saal, Garten und Saal III Schrempf, Waldstraße 16-18, stattfindenden **Gründungsfeier** zur Erinnerung an das fünfjährige Bestehen des Reichsbundes laden wir unsere Mitglieder nebst Angehörigen ergebenst ein.
 Im Colosseums-Saal gelangt das Theaterstück „Dorf und Stadt“ zur Ausführung. Lieder zur Lausie Herr und Frau Kögela. Im Garten Glückshafen und sonstige Belustigung.
 Ab 7 Uhr abends: **BALL.**
 Der Vorstand.

Welt-Kino Kaiserstr. 133.
 Nur noch einige Tage.
EDDIE POLO
 der Liebling des Publikums in dem großen amerikanischen Sensationsfilm
Der geheimnisvolle Dolch
 III. Teil. 6 Akte.
 Spannend von Anfang bis Ende.
 Außer: **Die Frau in den Wolken** Kriminal-Film in 5 Akten. 4513

Alte Brauerei Kammerer
 Waldhornstr. 23. — Fernsprecher 6691.
Heute Schlachtag.
 Gute biyogel. Käse, reine Qualitätsweine. — Den verehrl. Vereinen und Gesellschaften empfehle meinen schönen grossen Saal. Otto Kappler.

Bruchsaler Anzeigen.
Karten-Ausgabe
 am Samstag, 29. Juli 1922, an die Buchstaben V bis einschließlich Z nur vorm. von 8-12 Uhr.
 Am Montag, den 31. Juli 1922, Kartenanfrage an diejenigen Berechnungsüberchtigten, die verkannt haben, ihre Karten rechtzeitig abzugeben.
 Bruchsal, den 28. Juli 1922. 1418
 Kommunalverband Bruchsal-Stadt.
 Kartenausgabestelle.

Arv.-Gesang-Verein „Harmonie“
 Unsere halbjährliche **Versammlung** findet Freitag abend 9 Uhr im Gasthaus zur „Wald“ statt, wozu sämtliche aktiven und passiven Mitglieder eingeladen sind. Zahlreiches Erscheinen erforderlich.
 Der Vorstand.

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund.“

Paul Mühlenhaupt, Rastatt
 Delikatessen und Lebensmittel
 Kapellenstraße 3 Telephon 526
 Große Auswahl in nord- und süddeutschen Warstwaren, Aufschnitt, Eier, Butter, Käse, Fischmarinaden, Wein, Kognak, Liköre, Tee, Kakao, Kaffee, Keks, Pumpernickel und Roggenschrotbrot. Fst. Xox Kekse. — Neue Maltesheringe.

Zimmerleute, Zementleute und Maurer
 für unsere Baustellen in Karlsruhe, Durlach, Gaggenau und Doss sofort gesucht.
Ch. u. O. Hessig, Karlsruhe
 Girschtstraße 40.